

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbpb d

Inhalt

Peter Glotz MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer, bekräftigt, daß Helmut Schmidt "millimetergenau" auf seiner bisherigen Linie liegt: Genscher polemisiert vor sich hin.
Seite 1

Hans-Jochen Vogel MdB stellt fest, daß der Bundeshaushalt 1984 das wahre Gesicht der Regierung Kohl offenbart: Ungerecht, beschäftigungsschädlich, gemeindefeindlich.
Seite 2

Freimut Duve MdB wirft Honecker vor, daß deutsch-deutsche Verhältnis zu belasten: Ausgewiesene Friedensfreunde.
Seite 4

Hugo Brandt MdL fordert die Beendigung der Lagerung von Nervengas in der Bundesrepublik: Die SPD lehnt chemische Waffen ab.
Seite 5

Jürgen Böderich MdL weist massive Strauß-Eingriffe beim Bayerischen Rundfunk nach: Strauß muß Stellung nehmen.
Seite 6

Dokumentation: Hans-Jochen Vogel auf dem internationalen Pfingsttreffen in Dachau: Handeln im Sinne unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.
Seite 8

38. Jahrgang / 98

25. Mai 1983

Genscher polemisiert vor sich hin

Helmut Schmidt liegt millimetergenau auf seiner bisherigen Linie

Von Dr. Peter Glotz MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In Hans-Dietrich Genscher hat der FDP-Partei-Strategie endgültig die Oberhand über den Außenminister gewonnen. Statt froh darüber zu sein, daß ein international hoch angesehener Politiker wie Helmut Schmidt - der nun als Abgeordneter der Opposition offener sprechen kann als als Bundeskanzler - auf die Verhandlungsbereitschaft des amerikanischen Präsidenten drückt, wirft er ihm ein "de facto Falllassen des Doppelbeschlusses der Nato" vor. Der Vorwurf hat Müllemann'sches Niveau und müßte sich für einen erwachsenen Außenminister verbieten.

Genscher weiß genau: Helmut Schmidt liegt millimetergenau auf der Linie, die er selbst seit der Alistair-Buchan-Memorial-Lecture 1977 vorgezeichnet hat. Unsere Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß der Instrumentenkasten der Genfer Verhandler Nitze und Kwizinski ausreicht, um zu einer Lösung zu kommen; jetzt geht es darum, daß die Verhandler aus ihren Zentralen auch die Patente für die Lösung bekommen.

Schädlich für deutsche Interessen und für den Verhandlungsprozeß in Genf sind zur Zeit nicht Appelle an den amerikanischen Präsidenten oder den sowjetischen Generalsekretär, sondern vorschnelle Resignationserklärungen, wie sie Verteidigungsminister Wörner gerade abgegeben hat. Während Schmidt der eigenen Philosophie unbeirrt folgt und den Nato-Doppelbeschluß als Hebel zur nuklearen Abrüstung zwischen Ost und West benutzt, kümmert sich die gegenwärtige Koalition um nichts anderes als um die psychologische Vorbereitung der Raketenstationierung. Daß auch der Außenminister inzwischen dem innenpolitischen Gerangel höheren Stellenwert gibt als der Sicherheitspolitik, ist zutiefst betrüblich.
(-/25.5.1983/vo-he/ca)

Verlag
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling Paper



Ungerecht, beschäftigungsschädlich, gemeindefeindlich

Der Bundeshaushalt 1984 offenbart das wahre Gesicht der Regierung Kohl

Von Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Haushalt 1984 bedeutet für die Regierung Kohl die erste ernsthafte Bewährungsprobe nach der Wahl vom 6. März 1983. Nach den Kabinettsbeschlüssen der letzten Woche sieht es nicht danach aus, daß sie diese Bewährungsprobe bestehen wird.

Das gilt schon für das Verfahren. Von all den großartigen Versprechen, man wolle mit den Beteiligten rechtzeitig reden, ist nichts übrig geblieben. Im Gegenteil: Die Länder, die Städte und Gemeinden, Gewerkschaften und Verbände beschwerten sich einhellig, daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Repräsentanten.

Es gilt noch mehr für den Inhalt der Beschlüsse. Sie verschärfen die soziale Ungerechtigkeit, die schon bisher das besondere Kennzeichen der Kohlschen Sparpolitik war. Sie bewirken nichts für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Und sie treiben die Städte und Gemeinden geradezu in den finanziellen Ruin.

Gerechtigkeit erfordert, daß jeder nach dem Maß seiner Leistungsfähigkeit belastet wird. Kohl belastet die breiten Schichten mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, die alle trifft - auch die Kleinrentner und die Sozialhilfeempfänger - und verwendet das Mehraufkommen im wesentlichen zur Senkung von Unternehmenssteuern, also für Senkung der Vermögensteuer, für weitere Abschreibungsvergünstigungen. Er streicht entgegen seinen Wahlversprechen keine einzige Subvention für die Wirtschaft und so gut wie nichts an Steuervorteilen für Privilegierte. Aber er kürzt bei den Arbeitslosen und spart sogar bei der Rehabilitation Behinderter. Er redet von der Förderung der Familie und reduziert zugleich das Mutterschaftsgeld drastisch. Und den Beamten wird eine zwangsweise Lohnpause ohne Rücksicht darauf verordnet, ob es sich um die Angehörigen des einfachen und des mittleren Dienstes handelt, die im Durchschnitt auch nicht mehr verdienen als ihre vergleichbaren Arbeiterkollegen, oder ob es um die Spitzenpositionen des höheren Dienstes geht, deren Einkommen die Durchschnittseinkommen weit übertreffen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würde erfordern, daß die Massenkaukraft pfleglich behandelt und die Investitionstätigkeit dort gezielt gefördert wird, wo sie nicht im Wege der Rationalisierung Arbeitsplätze beseitigt, sondern neue Arbeitsplätze schafft. Die Sparbeschlüsse tun gerade das Gegenteil. Sie vermindern das Einkommen derer, die jeden Pfennig und jede Mark für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen. Und sie schonen die, die immer noch genug haben, um ihr Geld in Abschreibungsgesellschaften oder im Ausland anzulegen. Im Gegenteil: Ihnen wird das durch die neuen Steuererleichterungen noch erleichtert. Selbst Unionsexperten wie der saarländische Minister Zeitel bestätigen das, indem sie beklagen, daß höchstens die Hälfte der beschlossenen Steuererleichterungen Anreize zu höheren Investitionen bietet.

Den Städten und Gemeinden hat die Bundesregierung immer wieder mit schönen Worten allerlei Versprechungen gemacht. In Wahrheit geschieht das Gegenteil: Die Reduzierung der Un-



ternehmenssteuern vermindert ihre Einnahmen überproportional. Gleichzeitig steigen ihre finanziellen Belastungen, weil Hunderttausende von Mitbürgerinnen und Mitbürger - darunter rund 80 Prozent der arbeitslosen Frauen - infolge der Beschneidung der sozialen Leistungen künftig die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Die unmittelbare Konsequenz dieser Politik ist, daß die Gemeinden ihre Investitionen verringern müssen, und das schlägt zugleich wiederum auf den Arbeitsmarkt durch.

Wer Ausgaben kürzt, wird nie mit allgemeinem Beifall rechnen können. Aber es bleibt aufschlußreich, wer jeweils applaudiert und wer Kritik übt. Kohls Haushalts- und Finanzpolitik wird von den Gewerkschaften, von den großen sozialen Verbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und sogar von den CDU-Sozialausschüssen entschieden, zum Teil sogar erbittert kritisiert. Und auch die - in ihrer Mehrheit von der CDU regierten - Bundesländer verlangen nachdrücklich Korrekturen. Daß sich dabei Franz Josef Strauß in populistischer Weise an die Spitze der Bewegung setzt, nimmt nicht wunder. Hingegen findet die Politik Kohls bei den Verbänden der Wirtschaft und der Banken lebhaft Zustimmung.

Das zeigt einmal mehr deutlich: Diese Regierung ist nicht die Regierung der breiten Schichten unseres Volkes. Sie ist noch nicht einmal die Regierung ihrer eigenen Wähler. Sie ist die Regierung der großen Wirtschaftsverbände. Und die Regierung des großen Geldes. Die sozialdemokratische Opposition wird dem eine aktive Beschäftigungspolitik und eine Politik der sozialen Gerechtigkeit entgegensetzen.

(-/25.5.1983/va-he/ca)

+

+

+



Ausgewiesene Friedensfreunde

Honecker belastet das deutsch-deutsche Verhältnis
Von Freimut Duve MdB

Die Führung der DDR kann sich nicht entscheiden: Gibt es zwei deutsche Staaten? Oder sind DDR und Bundesrepublik nach wie vor Teile der Deutschen Nation, in deren Einzelappartements man die Bewohner nach Belieben entweder einsperrt oder über den Flur zum Nachbarn schickt?

Zum zweiten Mal hat die DDR eine Gruppe ihrer Bürger, die ihr nicht paßt, in die Bundesrepublik abgedrängt. Die Ausweisung der Jenaer Friedens-Gruppe ist vergleichbar nur mit der Schriftstellerausweisung vor bald sieben Jahren.

Die DDR wird in der Welt für ihren behaupteten Friedenswillen keinen Respekt und keine Anerkennung finden, wenn sie engagierte Mitglieder der Friedensbewegung über die Grenze abschlebt. Die Hunderttausende zu den staatlichen Pfingst-Friedensfeierlichkeiten nach Berlin Geladenen wiegen die Jenaer Friedensgruppe nicht auf, die eine Zwangspfungst-reise in den Westen antreten mußten.

Es ist eine bittere Ironie, daß der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker einen Friedensbrief an grüne Bundestagsabgeordnete schickt und wenige Tage später eine Gruppe der DDR-Friedensbewegung.

In einer Zeit, in der CSU-Politiker die Oder-Neiße-Linie wieder in Frage stellen und die Berlin-Reisenden durch Angstpropaganda über die Grenzkontrollen in Schrecken versetzen, in der München ganz unverhohlen die Absage des Honecker-Besuches begrüßt, in der viele Intellektuelle und Autoren mit Hoffnung auf die Friedensgespräche der Schriftsteller aus beiden deutschen Staaten sehen, kann die neue Ausweisung von Ostnach West ein weiterer Schritt zur Verhärtung sein und macht es denen, die gegen die Restauration des Kalten Krieges kämpfen, nicht gerade leichter.

Die Friedensgruppe aus Jena und ihre in der DDR verbliebenen Kollegen verdienen unseren Respekt und unsere Solidarität.

(-/25.5.1983/vo-he/ca)

+ + +



SPD lehnt chemische Waffen ab

Die Lagerung von Nervengas in der Bundesrepublik muß beendet werden

Von Hugo Brandt MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Wie aus einem Bericht der Frankfurter Rundschau hervorgeht, verlangt das Pentagon vom amerikanischen Kongreß insgesamt rund 116 Millionen DM für die Produktion sogenannter binärer Nervengase. Damit hat die amerikanische Administration zu erkennen gegeben, daß der im letzten Jahr zurückgezogene Antrag auf Bereitstellung der Mittel für die Produktion binärer Nervengase nunmehr weiterverfolgt wird. Das Vorantreiben der Produktion neuer chemischer Waffen weckt Zweifel in die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Initiative im Genfer Abrüstungsausschuß vom 10. Februar 1983, wonach die USA "ein umfassendes und verifizierbares Verbot chemischer Waffen... sobald wie möglich" anzustreben.

Bereits heute lagern zehntausende Tonnen von Nervengas in einsatzbereiten Artilleriegranaten auf dem Boden der Bundesrepublik, insbesondere in Rheinland-Pfalz. Fachleute haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Lagerung dieser Nervengase eine ständige Gefahr für die Bewohner der Bundesrepublik darstellen.

Nur ein Bruchteil dieser Nervengase kann den Tod von Hunderttausenden von Menschen bewirken. Die Vorstellung, mit solchen Waffen könnte die Bundesrepublik verteidigt werden, ist geradezu abenteuerlich: Hauptbetroffene wären in erster Linie Zivilpersonen und nicht etwa Soldaten, die sich gegen solche Waffen ausreichend schützen könnten.

Es ist daher an der Zeit, daß die Bundesregierung in aller Deutlichkeit die amerikanische Regierung zum Abzug aller chemischer Waffen aus der Bundesrepublik auffordert und zugleich erklärt, daß es nicht im Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik liegt, wenn die USA eine neue Runde im chemischen Wettrüsten einleiten. Die Bundesregierung muß bereits heute eindeutig erklären, daß sie einer Lagerung der neuen chemischen Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik nicht zustimmt.

Ich appelliere an den amerikanischen Kongreß, die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Produktion dieser abscheulichen Massenvernichtungswaffen zu verweigern.

Die SPD bekräftigt ihren Parteitagsbeschuß vom April 1982, der die Bundesregierung aufforderte, "als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird."

Jeder Versuch, den Einsatz von chemischen Waffen in die NATO-Strategie zu integrieren, wie dies für die Strategie der US-Armee bereits beschlossen worden ist, wird auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie stoßen. Die amerikanische Regierung sollte endlich von solchen Plänen Abstand nehmen und mit ihrer verbal erklärten Bereitschaft zu einem "umfassenden und verifizierbaren Verbot chemischer Waffen" ernst zu machen. Nervengase haben keinen militärischen Sinn, sie müssen abgeschafft werden.

(-/25.5.1983/h1/ca)

+ + +



Strauß muß Stellung nehmen

Massive Strauß-Eingriffe beim Bayerischen Rundfunk

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern

Hans-Jochen Vogel tat vergangene Woche etwas, was nicht nur selbstverständlich war, sondern seine Pflicht als SPD-Fraktionschef: Er sagte öffentlich seine Meinung zu einem medienpolitisch außerordentlich gravierenden Vorgang - zur Bestellung von Johannes Gross und Peter Schöll-Latour zu neuen Chefredakteuren und gleichzeitig Verlagsvorstandsmitgliedern des "Stern". Vogel kritisierte die personelle Verquickung von Geschäfts- und Redaktionsinteressen und gab seiner nur von Blinden für unberechtigt gehaltenen Sorge Ausdruck, der "Stern" werde von diesen Chefredakteuren in die konservative Wende gezwungen. Diese Sorge ist übrigens auch durch den mittlerweile in Hamburg ausgehandelten "Kompromiß" wahrhaftig nicht gegenstandslos geworden. Schöll-Latour ist wie geplant als Verlags- wie Redaktionsmann installiert und Johannes Gross wird mit seinem neuen "Capital" als Vorstandsmitglied auch redaktionell zu wuchern wissen. Die "Stern"-Redaktion hat tapfer gekämpft und verloren.

Vogel jedenfalls sagte, was viele dachten und ebenfalls sagten. Aber siehe da: Der Union gefiel das gar nicht. "Massiver politischer Eingriff in verlegerische Kompetenzen", zeterten Unionspolitiker. Diese Kommentare stellen allerdings einen Gipfel an Verlogenheit und Heuchelei dar. Denn: Die um die Verlegerfreiheit ach so besorgten christlichen Politiker "greifen" da, wo sie die Macht wenn auch nicht die Legitimation haben, nämlich in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, nicht nur mit öffentlichen Erklärungen ein - nein, sie erteilen schlicht Weisungen oder setzen zumindest die eigentlich Weisungsbefugten in den Anstalten ganz ungeniert unter massiven Druck, um ihre Personal- und Programmwünsche durchzusetzen.

Besonders ausgeprägt - so sehr, daß längst fatalistisch-resignative Gewöhnung eingetreten ist - sind derlei Übergriffe von Staats- und Parteiorganen im CSU-beherrschten Bayern. Das meiste läuft natürlich hinter den Kulissen. Man ahnt oder erfährt vage, was gespielt wird. Beweise und Belege gibt es nur gelegentlich. Eine Quelle stellt insofern das neue Buch von Franz Schönhuber "Freunde in der Not" dar. Es geht hier, wohlge-merkt, nicht um sonstige Inhalte dieses Buches, es geht um zwei Passagen, in denen die Praktiken von Strauß und Co. im Umgang mit dem Bayerischen Rundfunk beschrieben und belegt werden. Auf Seite 321 f. schreibt Schönhuber:

"Anfang des Jahres 1979, kurz vor einer sogenannten Sturkturreform, wo also die einzelnen Bereiche neu gegliedert werden sollten, tauchte Überraschend ein Bote der Staatskanzlei im Rundfunkhaus auf. Nach meiner Erinnerung war es sogar Dr. Wilhelm Knittel, Ministerialdirigent und damaliger Chef des Büros des Ministerpräsidenten, selbst.

Aber durch wen auch immer: Intendant Reinhold Vöth bekam einen Brief. Darin forderte der bayerische Ministerpräsident F.J. Strauß in dezidiert Form eine neue und vom geplanten Schema abweichende Sturktur. Deutlich erregt ob dieser kaum glaublichen Einmischung teilte mir der Intendant telefonisch den Inhalt des Briefes mit, nachdem mich bereits vorher der Rundfunkratsvorsitzende Dr. Willi Fritz auf dessen Existenz aufmerksam gemacht hatte. Strauß forderte die Berufung von fünf oder sechs Subdirektoren. Die politisch wichtigste Abteilung, zuständig sowohl für die damals in der Planung gewesene regionale 'Rundschau' im Dritten Programm und für die Zulieferung zu 'Tagesschau' und 'Tagesthemen', sollte in die Hände jenes Mannes gelegt werden, der nach meinem Sturz auch tatsächlich diese Programme übernahm: Wolf Feller.

Vöth widerstand damals der massiven Einmischung, ließ sich nicht unter Druck setzen; aber der Inhalt des Briefes schien ihm so brisant zu sein, daß er ihn aus dem BR herausnahm und dem Privatarchiv in seinem Haus bei Murnau anvertraute. Von diesem Brief hatten unter anderen Dr. Edmund Stoiber, Gerold Tandler, der Leiter des Presse-



und Informationsamtes der Staatsregierung, Ministerialdirektor Dr. Helmut Schwaabe, Dr. Knittel, Rundfunkratsvorsitzender Dr. Willi Fritz, der stellvertretende Intendant Albert Scharf, Fernsehdirektor Dr. Helmut Oeller und Rudolf Mühlfenzl Kenntnis."

Vöth widerstand damals... und jetzt ist Feller doch als CSU-Vollstrecker installiert. Man darf getrost davon ausgehen, daß der Herr Intendant noch mehr solcher Briefe erhielt, bis er schließlich kapitulierte. Würde der von Schönhuber wiedergegebene Inhalt des Strauß-Briefes nicht zutreffen, der Absender hätte den Buchautor mit Sicherheit längst mit gerichtlichen Schritten überzogen. Aber Strauß schweigt und die Mitwisser bleiben ebenfalls auf Tauchstation.

Ich habe Strauß aufgefordert, zu diesem Brief Stellung zu nehmen und zu erläutern, mit welcher Kompetenz er derart massiv auf die Personal- und Programmplanung des Bayerischen Rundfunks einwirkte.

Gelegentlich greift auch die Gattin des Ministerpräsidenten zur Feder, um den Fernsehleuten den Kopf zu waschen und sie "ein bißchen" zu nötigen. Vor zwei Jahren geriet Schönhuber in einer Fernsehsendung mit dem Filmproduzenten "Luggi" Waldleitner, einem engen Freund der Familie Strauß, die gerne ihre Ferien im Haus des Filmmannes in Terracina verbringt, in Streit. Es ging um den von Waldleitner produzierten Fassbinder-Film "Lilli Marleen". Frau Marianne Strauß schrieb Schönhuber einen Brief, in dem sie ihn wegen seiner Attacken auf Waldleitner kritisierte und gleich auch noch die Schönhuber-Sendung "Jetzt red' i" landesmütterlich würdigte. Auf Seite 61 berichtet Schönhuber:

"In einem Brief 'Immer die Unsrigen' bezog sich die Frau des Ministerpräsidenten zunächst auf meine Auseinandersetzung mit 'Luggi' Waldleitner: 'Auch ich verstehe Waldleitner nicht ganz, warum er ausgerechnet Fassbinder/Schygulla herausuchte. Man muß allerdings in Betracht ziehen, daß der deutsche Film so gut wie ruiniert ist. Sich in dieser Branche das Geld zu verdienen, ist hart. 'Luggi' Waldleitner kann auf seine alten Tage nicht umsatteln. Er versteht etwas vom Geschäft. Ich stelle immer wieder fest, daß Menschen, die wie Du im öffentlich-rechtlichen Bereich' tätig sind, die Motive und vor allem das hohe Risiko eines Kaufmanns nicht recht einschätzen können...'. Eigentlich bedürfte der Produzent dieses Trostes nicht. Er kann sich selbst helfen, das hat er oft bewiesen. Und dann kommt ein bemerkenswerter Hinweis auf eine Sendung und mich, der schon fast als Nötigung zu verstehen ist: 'Die Sendung darf also nicht ausufern. Es könnte nämlich durchaus mal jemand auf die Idee kommen, derartige Sendungen etwa über Dich oder Deinen 'Freund' Mühlfenzl in derselben Manier zu machen.' Und damit ich es auch ganz gewiß verstehe, heißt es unter Hinweis auf Unternehmer, die nahezu alle dem Hause Strauß freundschaftlich verbunden sind: 'Die Leistung des einzelnen muß positiv bewertet bleiben, auch wenn sie dem lieben Nachbarn mal nicht paßt. Man sägt sonst den Ast ab, auf dem wir alle sitzen.'"

Fazit: Das Produkt eines einzelnen - diesmal ein Film, das nächste Mal zum Beispiel eine (von dem mit dem Hause Strauß ebenfalls eng befreundeten Fleischfabrikanten März gefertigte) Wurst, und warum nicht auch ein Schützenpanzer - muß nach Ansicht von Frau (und Herrn) Strauß im Fernsehen grundsätzlich, auch bei mangelnder Qualität, positiv bewertet werden. Insbesondere dann, wenn der Produzent mit den Strauß'ens befreundet ist.

Wer, insbesondere seit dem Amtsantritt von Wolf Feller, das bayerische Fernsehprogramm verfolgt, weiß, daß die von frühkapitalistischem Geist getragenen Ermahnungen aus dem Hause Strauß nicht ohne Folgen geblieben sind. Zweifelt noch jemand daran, daß die vom Staatssekretär Stoiber angekündigte zweite bayerische Rundfunkanstalt ein absolut lupenreines CSU-Staats-Kommerz-Programm bieten wird? (-/25.5.1983/bgy/ca)

+ + +



DOKUMENTATION (Teil II)

Auf einer Kundgebung im Rahmen des Internationalen Pfingsttreffens der Jungsozialisten am 21. Mai 1983 in Dachau hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joche Vogel, die folgende Ansprache gehalten:

Handeln im Sinne unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Auch unsere Wirtschaftslage ist unbeschadet aller Sorgen nicht mit der der frühen 30er Jahre zu vergleichen. Das System der sozialen Sicherung gewährleistet bei aller Anspannung, auch in der gegenwärtigen kritischen Phase ein Maß an Stabilität, dessen die erste Republik in ihrer Krise so völlig entbehrte. Das sollten übrigens gerade die bedenken, die immer neue Beschneidungen dieses Systems fordern. Die von Sparen reden und sozialen Rückschritt meinen.

Und dennoch bleibt ein Unbehagen. Gewiß: Bonn ist nicht Weimar. Aber könnte Bonn Weimar werden? Gefahrenzeichen gibt es.

Manche sehen sie schon in den Verschiebungen im Parteilengefüge. Dem widerspreche ich. Daß eine Partei aus mehreren Landtagen ausscheidet, eine neue Gruppierung hingegen in die Landtage und auch in den Bundestag einzieht, ist ein demokratischer Vorgang und keine Verfallerscheinung. Im Gegenteil: Die Offenheit unseres politischen Lebens für neue Fragen und auch für neue Gruppen scheint mir die sicherste Gewähr dafür zu bieten, daß unsere Demokratie stabil bleibt. Wir müssen solchen Gruppen kritische Fragen stellen. Etwa nach ihrem Verhältnis zur Gewalt, zur Rolle des Parlaments und zum politischen Kompromiß. Aber wir können uns dabei keine Wagenburg-Mentalität leisten. Und deshalb widerstreben wir auch allen Versuchen, solche Gruppen von vornherein aus dem Verfassungskonsens auszugrenzen und über sie eine Art Belagerungs- oder Ausnahmezustand zu verhängen. Wer das tut, stärkt die Demokratie nicht, sondern signalisiert nur Schwäche, insbesondere mangelndes Vertrauen in die prägende Kraft der parlamentarischen Prinzipien.

Andere fürchten Ausbrüche eines politischen Irrationalismus, auch Züge einer wiedererwachenden politischen Romantik, verbunden mit einer Abkehr von den Errungenschaften der Aufklärung. Alles das gibt es; aber die Höhe einer wirklichen Gefährdung unseres Gemeinwesens erreicht es nicht. Und wir müssen uns auch davor hüten, die Krisenmarken solcher Gefährdungen zu niedrig anzusetzen. Oft genug verbirgt sich dahinter nämlich nur die Abneigung gegen jegliche Veränderung des status quo, die Unwilligkeit oder Unfähigkeit zu argumentativen, überzeugenden Auseinandersetzungen mit Gedankenströmen, die die herkömmlichen Bahnen verlassen. Die Warnung vor Weimar wird dann leicht zur bequemen Diskussionsperre, die weiterer Mühe enthebt, wo sie durchaus von Nöten wäre. So etwa bei der Auseinandersetzung mit den Ursachen und Zielrichtungen des Protestes gegen unsere Lebenswirklichkeit, der sich in der Wandinschrift ausdrückt: "Life is Xerox, you are just a copy!"

Da ist die Arbeitslosigkeit schon ein ernsteres Warnzeichen. Sie ist in ihren materiellen Folgen gegenüber Weimar durch das dichter geknüpft soziale Netz deutlich gemildert. Aber ihre soziale und politische Dimension bleibt, und die Fähigkeit der Demokratie zu ihrer Überwindung harret noch der vollen Bewährung. Einer Bewährung, die mehr erfordert als das Vertrauen in die sogenannten Selbstheilungskräfte der Wirtschaft, die schon zu Brünnings Zeiten vergeblich als das nahezu alleinige Heilmittel beschworen wurden. Einer Bewährung, die auf eine aktive Beschäftigungspolitik des Staates und auf strukturelle Veränderungen nicht verzichten kann!

Ernst nehme ich auch die terroristischen Aktivitäten, die Argumentation durch Gewalt ersetzen wollen. Die gibt es in dem Umfeld, das man herkömmlicherweise als links bezeichnet. Die gibt es aber - viele nehmen es immer noch zögernd zur Kenntnis - in erschreckender Weise auch von rechts. Hier liegen die geistigen Verbindungen zum Nationalsozialismus offen zutage. Bei dem Anschlag auf dem Münchner Oktoberfest im November 1980 zum Beispiel, der 13 Menschen das Leben kostete und über 200 weitere Personen verletzte und danach so merkwürdig rasch aus unserem Bewußtsein schwand. Oder bei den Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen. Oder gegen Einrichtungen, in denen ausländische Mitbürger leben.



Geistige Nachfahren des Nationalsozialismus sind auch sonst zu finden. In den verschiedenen Organisationen und Zirkeln, die von der Auschwitz-Lüge reden, bei denen, die - um mit Kurt Schumacher zu sprechen - an den inneren Schweinehund und die Dummheit appellieren. Manch einer, der den Ausländerhaß schürt, der die Ausländer zu Sündenböcken machen will, der die - im Ergebnis mörderische - Parole "Die Juden sind unser Unglück" in ein "Die Ausländer sind unser Unglück" abwandelt, die eines Tages auch mörderische Folgen haben kann, gehört dazu. Und objektiv gehören hier auch die erwähnt, die leichtfertig mit angeblichen Tagebüchern Hitlers umgehen und sich dabei zu dem Satz versteigen, die Geschichte des Dritten Reiches müsse auf Grund dieser Machwerke zumindest in Teilen umgeschrieben werden. Das ist Wasser auf die Mühlen der Unbelehrbaren.

Und auch die, die erneut politische Gegnerschaft zur Feindschaft steigern, die kühl kalkuliert die Repräsentanten einer anderen Partei als Verbrecher bezeichnen, müssen sich fragen lassen, ob sie nicht zumindest schlimmen Fehlentwicklungen Vorschub leisten. Entwicklungen, bei denen sich der Gedanke breit machen könnte, Menschen, die Verbrecher genannt werden, müssen eines Tages auch als solche behandelt werden. Und für die, die von neuem den Begriff der "Entartung" in Umlauf setzen und zumindest in Andeutungen schon wieder von entarteter Kunst reden, gilt das gleiche.

Was können wir tun, um uns vor den Gefahren, die ich nannte, zu schützen?

Zunächst: Sie bewußt machen und sie nicht als unbequem und lästig verdrängen. Dann eine Politik treiben, die die Menschen zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung befähigt, die sie mitbestimmen läßt, wie sie betroffen sind und sie gegen Massenpsychosen ebenso immun macht wie gegen einschläfernde Dauerberieselung. Die den Menschen in überschaubaren sozialen Einheiten, auf die er selbst Einfluß nehmen kann, Halt gibt und die ihm das Gefühl des Ausgeliefertseins nimmt. Während der Demokratie von Weimar haben nicht die Artikel und Paragraphen, die Gerichte oder die Behörden gefehlt, sondern am Ende die Demokraten.

Zu alle dem gehört natürlich auch der Einsatz staatlicher Mittel gegen die, die anders nicht zur Raison zu bringen sind, der vorhandenen gegen terroristische Aktivitäten, neu zu schaffender gegen die, die Gesetzeslücken nutzen, um Hitler zu verherrlichen, seine Schriften von draußen her zu verbreiten oder die Leiden derer zu leugnen, die in Auschwitz vergast wurden.

Und noch etwas müssen wir tun: Die Geschichte lebendig halten. Und uns mit ihr vertraut machen, aus den Fehlern, auch aus den eigenen, lernen. Zur Geschichte, um die es hier geht, zählen auch die, die Widerstand geleistet, die Opfer gebracht haben, nicht selter das des eigenen Lebens.

Sie alle redeten nicht nur, sondern sie handelten, als es Zeit war. Und auch wir dürfen nicht nur reden und der vergangenen Ereignisse gedenken, wir müssen tun, was in unseren Kräften steht, damit sie sich nicht wiederholen. Wir müssen handeln. Handeln im Sinne unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. (-/24.5.1983/vo-he/ca)

+ + +

